

## Der Konflikt im Südchinesischen Meer: ein Urteil aber keine Lösung

**Am 12. Juli 2016 verkündete der Ständige Schiedshof in Den Haag den in seiner Geschichte bislang bei weitem bedeutendsten Schiedsspruch. Damit fand ein 2013 von den Philippinen gegen China angestrebtes Verfahren seinen Abschluss, in dem die Philippinen versuchten, die umfangreichen territorialen und maritimen Ansprüche Chinas auf rechtllichem Wege zu beschränken, nachdem dies zuvor auf politischem nicht gelungen war. Der Erfolg vor Gericht ist rundweg überwältigend.**

Der Ständige Schiedshof erklärte die von der VR China und Taiwan rechtlich nicht genau bestimmten historischen Rechte auf beinahe das gesamte Südchinesische Meer, für nicht mit dem Seerecht vereinbar. Er kam auch zu dem Schluss, dass keine der Erhebungen der Spratly Inseln die Minimalbedingungen einer Insel im Sinn der Seerechtskonvention von 1982 erfüllt. Das ist insofern von eminenter Bedeutung, weil Inseln selbst eine ausschließliche Wirtschaftszone (exclusive economic zone, EEZ) generieren können, die analog zu einer vom Festland generierten EEZ dem entsprechenden Staat die exklusive Nutzung aller unterseeischen Ressourcen bis 200 Seemeilen ins offene Meer hinaus garantiert. Wären einzelne Spratly-Inseln im völkerrechtlichen Sinn Inseln, so stünden den Chinesen entsprechende EEZ-Rechte zu. Als Felsen haben sie jetzt nur noch Anspruch auf zwölf Seemeilen breite Territorialgewässer.

Ohne Souveränität über Inseln und die darüber generierbaren EEZs in den Spratlys verliert China auch seine Ansprüche auf eine Reihe sogenannter »low tide elevations«, d. h. Erhebungen, die nur bei Ebbe über Wasser liegen, weil diese innerhalb der philippinischen EEZ liegen. Damit sind insbesondere die von China behaupteten Ansprüche auf das 1994/1995 besetzte, in den Folgejahren militärisch ausgebaut und seit Anfang 2015 in eine künstliche Insel verwandelte Mischief Reef null und nichtig.

Idealerweise könnten die Staaten nun zur restlichen Feinarbeit übergehen. Zunächst einmal wäre das die genaue Berichtigung der Grenzen der jeweiligen EEZs durch alle Anrainerstaaten und die Verhandlung über die Grenzziehung in den wenigen verbliebenen Regionen, wo Ansprüche überlappen. Um in der Praxis schneller voran zu kommen, könnte die Frage, wem die Souveränität über welchen Fels zusteht, vertagt werden. Wenn die Grundsatzfrage der jeweiligen EEZ-Grenzen geklärt ist, könnte man sich diesem letzten Problem annehmen.

Voraussetzung dafür wäre jedoch, dass China das Urteil auch anerkennt – und genau das tut es nicht. Es bestritt von Anfang an die Zuständigkeit des Gerichts,

weil es bei den von den Philippinen zur Entscheidung vorgelegten Fragen im Kern um die Frage territorialer Souveränität gehe. Die von China und den Philippinen unterzeichnete Seerechtskonvention sieht für Streitigkeiten, die anders nicht beigelegt werden können eine Reihe obligatorischer Verfahren vor, die zu bindenden Entscheidungen führen (Art. 287). Hierauf beziehen sich die Philippinen. China wiederum hat 2006 eine Erklärung hinterlegt, in der es unter Bezug auf Art. 298 der Seerechtsübereinkunft völlig rechtskonform erklärte, sich obligatorischen Verfahren zu verweigern. Allerdings ermöglicht Art. 298 nur die Zurückweisung der entsprechenden Verfahren für bestimmte Kategorien von Streitigkeiten, zu denen aus Sicht des Schiedshofs aber die von den Philippinen vorgelegten Fragen nicht gehören. China behauptet das Gegenteil und argumentiert, dass das Gericht schon mit der Annahme des Falls widerrechtlich seine Zuständigkeit ausgeweitet hat und damit das Urteil jeglicher rechtlichen Bindung entbehrt.

### Ein Urteil, aber keine Lösung in Sicht

So haben wir nun ein Urteil, aber noch nicht einmal einen Ansatz zur Lösung des Konflikts. In gewissem Sinn ist die Situation jetzt noch vertrackter als vor dem Urteil, weil dieses Urteil in brutaler Eindeutigkeit zwischen den Siegern (zunächst die Philippinen, aber auch Vietnam, Malaysia, Brunei und Indonesien) und dem Verlierer China unterschieden hat.

So hat die rechtliche Eindeutigkeit die Möglichkeit auf politische Kompromisse dramatisch reduziert, weil jede Regierung der Philippinen (oder Vietnams), die der chinesischen Seite auch nur kleine Zugeständnisse innerhalb der jetzt gerichtlich bestätigten »eigenen« Meeresregionen macht, einen nationalistischen Aufschrei befürchten müsste. Gleichzeitig kann China auch nicht einfach »kapitulieren« und die seit Jahrzehnten als unverhandelbar dargestellten, historisch angeblich zweitausend Jahre zurückreichenden Rechte aufgeben. Selbst wenn die nationale Elite umsteuern wollte, bräuchte sie dafür viel Zeit, wollte sie nicht Gefahr laufen, einen Sturm nationalistischer Entrüstung zu entfachen und die eigene Legitimität als Garant nationaler Souveränität in Frage zu stellen.

So wird China weder in absehbarer noch in weiterer Zukunft das Urteil »offiziell« anerkennen. In dieser Beziehung gilt es freilich trocken zu bedenken, dass solch eine Haltung kein Spezifikum der wachsenden Großmacht China darstellt, sondern einen Normalfall von Großmächteverhalten. Auch die USA haben schon mehrfach internationale Urteile ignoriert. So

reichte Nicaragua 1984 gegen die USA unter anderem wegen der Verminung der nicaraguanischen Häfen im Contra-Krieg Klage gegen die USA vor dem Internationalen Gerichtshof (IGH) ein. Wie im aktuellen Fall China, sprachen die USA dem IGH die Zuständigkeit ab und weigerten sich am Verfahren teilzunehmen. Tatsächlich treten die USA einer Reihe von internationalen Vereinbarungen wie z. B. dem Seerechtsübereinkommen nicht bei, um zu verhindern, dass kleine Staaten das internationale Recht gegen die USA zur Anwendung bringen können. China hält sich demgegenüber, abgesehen von diesem Einzelfall, in dem zentrale Interessen zur Disposition standen, an internationales Recht und ist bislang allen internationalen vertraglichen Verpflichtungen nachgekommen.

Insofern führt der Weg nach dem Urteil wieder zu Politik und Diplomatie zurück. Diese müssen nun vor dem geänderten rechtlichen Hintergrund einen Neuanfang initiieren. Dies sollte leichter gehen, wenn das Urteil selbst nicht explizit thematisiert, sondern sogar eher tabuisiert wird, da es ohnehin allgegenwärtig und entsprechend wirkmächtig erscheint. Politische Lösungen brauchen unter Umständen Freiräume von allgemeinen Regeln und formaler Rechtsexegese.

Auch die Wissenschaft kann zu einer Deeskalation beitragen, zum einen, indem sie den gerade genannten Rahmen des politisch Möglichen genauer bestimmt, aber auch, indem sie konfliktverschärfende Mythen einer Validitätsprüfung unterzieht.



Maximale Ansprüche der Volksrepublik China.  
Karte: wikipedia commons

Hier ist zum einen die beständig mit den Territorialkonflikten vermischte Debatte um die »Freiheit der Schifffahrt« zu nennen, die angeblich durch China bedroht ist. China kann aber kaum ein Interesse an einer Beschränkung der kommerziellen Schifffahrt seiner Nachbarn haben. Selbst in einer Krisensituation wäre das ein zweischneidiges Schwert, da die Seewege durch die der gesamte Seehandel Chinas erfolgt, in der Hand potenzieller »Feinde« und Alliierten der USA sind, von Korea im Nordosten, über Japan, Taiwan und die Philippinen. Bei der vor allem zwischen China und den USA geführten Auseinandersetzung

# Die Sprache des größten Inselstaats. Aufregend vielfältig!

Spaß an Sprachen!

Sprachkurse für Selbstlerner nach der ASSiMiL-Methode

**NEU**



Über 25 Sprachen + Deutsch als Fremdsprache

Lehrbuch: 100 Lektionen, 512 S., ISBN 9783896250339 24,80 €  
Audio-Plus-Sprachkurs: Lehrbuch + 4 Audio-CDs + 1 mp3-CD  
ISBN 9783896252333 99,80 €

Überall wo es Bücher gibt und auf [www.ASSiMiLWelt.com](http://www.ASSiMiLWelt.com)

Lehrbücher | Audio-CDs | mp3-CDs

**ASSiMiL**  
Der Sprachverlag

um die »Freiheit der Schifffahrt« geht es, wie China zurecht betont, durchgängig nur um die Freiheit für militärische Operationen in Küstennähe anderer Staaten. Während China die eigene nationale Sicherheit notfalls durch robuste Maßnahmen gegen fremde Aufklärung vergrößern möchte, geht es den USA darum, militärische Hegemonie zu signalisieren und sicherzustellen, dass auch zukünftig ihre Rechtsauffassung international dominiert, wonach den exklusiven Wirtschaftszonen keine Sicherheitsfunktion zukommt. So wichtig dieser Konflikt sein mag, hat er doch keine notwendige Verbindung zu den territorialen und maritimen Konflikten im Südchinesischen Meer, sondern bringt zusätzliche Dynamiken in die ohnehin nicht einfache Problemlage.

### Der Mythos des Rohstoffreichtums

Zum anderen ist der Mythos vom Rohstoffreichtum des südchinesischen Meeres einer Überprüfung zu unterziehen und zwar sowohl in Bezug auf die Fischerei als auch die bekannten und vermuteten unterseeischen Ressourcen.

Hier ist zunächst einmal festzustellen, dass alle bisherigen Untersuchungen darauf hinweisen, dass die größten Öl- und Gasvorräte in den unumstrittenen Gebieten an der Südküste Chinas und im Golf von Tonkin, sowie im südlichen Bereich des südchinesischen Meeres vor der Küste Ostmalaysias und in den Meeresgebieten zwischen Ho Chi Minh City und Bintulu liegen. Diese Regionen dominieren auch die derzeitige Förderung. Insgesamt schätzt die US-amerikanische Energy Information Administration, ebenso wie eine Reihe internationaler Konzerne die erwartbaren Reserven des Südchinesischen Meeres eher gering, mit zwischen 700 Mio und 3 Mrd. Tonnen Öl und 1,75 bis 7,25 Mrd. Tonnen Gas als Öläquivalent. Trotz der bisher nur bruchstückhaften Exploration ist aber klar, dass im Bereich der Spratly-Inseln nur sehr geringe Öl- und Gasvorräte erwartet werden können, deren Ausbeutung sich derzeit ökonomisch kaum lohnen dürfte. Vermutlich deshalb haben die letzten philippinischen Bieterunden für die offshore-Exploration und Produktion auch kaum Interesse hervorgerufen. Ähnlich geringe Vorkommen sind auch in den Gebieten der philippinische EEZ nördlich der Spratlys zu erwarten.

Anders sieht dies in Bezug auf die Fischerei aus. Hier spielt das südchinesische Meer für alle Länder eine große Rolle. Mindestens 27 Prozent des gesamten maritim gefangenen Fisches Chinas scheinen aus dem südchinesischen Meer zu stammen. Auch für Malaysia und Vietnam ist das Südchinesische Meer eine wichtige Fischfangregion. In beiden Fällen wird im Südchinesischen Meer die überwiegende Mehrheit der Meerestiere jedoch in Küstennähe gefangen. Demgegenüber ist nicht nur die reine philippinische

Fangmenge bedeutend kleiner, auch wird nur ein sehr kleiner Teil davon in (bislang) umstrittenen Gebieten gefangen. Obgleich nicht feststellbar ist, aus welchen Regionen des südchinesischen Meeres die chinesischen Fänge genau stammen, ist klar, dass China die einzige Nation ist, die im großen Stil auch in küstenerfernen Regionen und eben auch in den fremden EEZs operiert. Gleichzeitig spielt die Fischereiwirtschaft als Arbeitgeber in den relevanten südchinesischen Provinzen eine nicht unbedeutende Rolle. Die einfachste Lösung, Fangquoten für chinesische Schiffe in fremden EEZs, ist politisch auf absehbare Zeit nicht durchsetzbar, weil sie die Anerkennung des Urteils des Schiedshofs voraussetzen würde. Ein hartes Vorgehen der anderen Anrainer gegen chinesische Fischerschiffe brächte eine Verhärtung der chinesischen Position und eine Eskalation vor Ort hervor.

Am ehesten zu erhoffen ist eine freiwillige (aber nicht-öffentlich gemachte) Reduktion der chinesischen Aktivitäten und ein Stillschweigen der anderen Anrainer über die restlichen Fälle chinesischer Übergriffe auf ihre EEZs. Mittelfristig sollte an einer gemeinsamen Fischereibehörde gearbeitet werden, die unter dem Deckmantel des Schutzes der Fischereibestände nach für alle Seiten gangbaren Lösungen sucht.

Letztlich hängt sehr viel davon ab, ob die Entscheidung des Schiedshofs, der größten Insel der Spratlys (Taiping, Itu Aba) den Inselstatus abzuerkennen, dauerhaft Bestand hat. Hier finden sich China und Taiwan, die beide dagegen opponieren, letztlich im Einklang mit den Interessen von ehemaligen Kolonialmächten wie die USA, Frankreich und Großbritannien, aber auch Japan sowie einer Reihe anderer Staaten, die riesige Meeresgebiete auf der Grundlage der Souveränität über kleinste Erhebungen zu exklusiven Wirtschaftszonen erklären. Vor dem Hintergrund des Urteils könnten mittelfristig all diese Territorien »ent-nationalisiert« werden. Die japanische EEZ könnte sich beispielsweise um mehr als 800.000 km<sup>2</sup> verkleinern, wenn Oki-no-Tori-shima und Minami-Tori-shima völkerrechtlich zu Felsen degradiert werden. Ähnliches gilt für Frankreich, dessen Îles de la Désolation ebenfalls keines der definierten Kriterien erfüllt. Für die USA sähe es im Pazifik mit den kleinen Wake- und Johnston-Atollen sowie einer Reihe anderer Erhebungen auch nicht besser aus. Insofern haben diese Länder durchaus ein Interesse an einem Kompromiss partiell jenseits des Schiedsspruchs, der der größten der Inseln den Inselstatus zuschreibt, so dass China auf dieser Basis eine entsprechende EEZ beanspruchen und deren Grenzen mit den anderen Anrainerstaaten verhandeln kann. Einfach wäre das nicht, nicht nur weil die Philippinen dann zu Kompromissen genötigt würden, sondern weil dann vermutlich auch Vietnam zumindest mit einer Insel mit entsprechenden EEZ-Rechten entschädigt werden wollte, mit weiteren Auswirkungen auf Malaysia. ■

*An dieser Stelle gilt mein Dank Patrick Jura, der im Rahmen eines Praktikums an der HSFK eine umfangreiche Analyse der öffentlich zugänglichen Quellen zur Rohstoffsituation im Südchinesischen Meer erstellt hat. Die Ausführungen zum Rohstoffreichtum basieren auf seiner Arbeit.*